

Der Ton wird rauer

Anfeindungen und Beleidigungen gegen Politiker nehmen zu

VON BARBARA KAMISLI

Schwalm-Eder – Anfeindungen, Hasskommentare und Pöbeleien gegenüber Kommunalpolitikern besonders in den sozialen Medien nehmen zu. Im Schwalm-Eder-Kreis stellen Politiker fest, dass der Ton rauer geworden ist. Das sagt Klemens Olbrich (CDU), Bürgermeister in Neukirchen. Er ist auch Vorsitzender der Bürgermeister im Schwalm-Eder-Kreis beim Hessischen Städte- und Gemeindebund. Die Anonymität im Netz lässt seiner Ansicht nach die Hemmschwelle sinken.

Auch eine zunehmende Respektlosigkeit im persönlichen Umgang habe er festgestellt. „Da decken sich unsere Erfahrungen mit denen, die auch Rettungssanitäter, Polizei und Feuerwehrleute machen“, sagt Olbrich. Auch er habe schon erlebt, dass er mit

Häme überzogen worden sei. Anzeige habe er aber in diesem Fall nicht erstattet.

Eine Veränderung in der Diskussionskultur hat auch Dr. Edgar Franke, SPD-Bundestagsabgeordneter und Kreistagsmitglied, in den vielen Jahren seiner kommunalpolitischen Erfahrung festgestellt. Die Diskussionskultur habe sich extrem emotionalisiert. Politik sei zur Projektionsfläche für Frust geworden. Zur demokratischen Kultur gehöre auch gegenseitiger Respekt, sagt Franke. Gewählte Personen sollten akzeptiert werden, auch wenn man anderer Meinung sei. Er setze in seinem Alltag auf das



Klemens Olbrich

Bürgermeister von Neukirchen

ger Respekt, sagt Franke. Gewählte Personen sollten akzeptiert werden, auch wenn man anderer Meinung sei. Er setze in seinem Alltag auf das

Städtetag: Bedrohungen sind kein Einzelfall

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Leipzigs Oberbürgermeister Burghard Jung (SPD), hat im ZDF-Heute-Journal über die zunehmende Bedrohung von Kommunalpolitikern und Einschüchterungsversuche durch Hasskommentare berichtet. „Bedrohung gegen Politiker sind kein Einzelfall, sondern sind fast flächendeckend zu beobachten“, sagte er. Zugleich kritisierte er die Justiz für ihren zu laschen Umgang mit Hasskommentaren und Drohungen.

kai

persönliche Gespräch.

Unterschiedliche Positionen könne man am besten im persönlichen Gespräch klären. Diese Erfahrung hat auch Felsbergs Bürgermeister Volker Steinmetz gemacht. „In den sozialen Medien nimmt die persönliche Empörung zu“, sagt Steinmetz.

Michael Kreutzmann, Kreistagsvorsitzender, sagt, man müsse schon früh Grenzen setzen. Aggressive Kommentare seien oftmals die Vorstufe zu physischer Gewalt. Er rät unbedingt dazu, bei Anfeindungen und Hasskommentaren Strafanzeige zu erstatten. „Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein.“ Erst kürzlich hat der Kreistag eine Resolution verabschiedet, in der gefordert wird, dass die Strafverfolgungsbehörden alle rechtlichen Mittel ausschöpfen sollen, um Täter zur Rechenschaft zu ziehen. » SEITE 2

Polizeischutz an Wahlständen

MEHR ZUM THEMA Anfeindungen gegen Politiker

Schwalm-Eder – Deutschlandweit sind Bedrohung und Anfeindungen gegen Politiker seit dem Tod des Regierungspräsidenten Walter Lübcke ein großes Thema.

Auch im Schwalm-Eder-Kreis erleben Mandatsträger immer wieder Anfeindungen und Häme. Der Erste Kreisbeigeordnete Jürgen Kaufmann (SPD) berichtet von einem Vorfall vor vier Jahren, als er als Bürgermeister von Schwarzenborn von einer nachweislich rechtsextremen Person verbal bedroht und bepöbelt wurde.

Landrat Winfried Becker (SPD) sah sich in seiner Funktion zuletzt keiner politisch motivierten Bedrohung aus-

gesetzt. In Funktionen wie etwa als Jugenddezernent könne es aber durchaus vorkommen, dass man von Eltern angegangen werde.

Kreistagsabgeordnete Renate Glaser (AfD) sagt, das Problem begleite sie schon lange.

An Wahlständen sei immer Polizeischutz vorhanden, außerdem berichtet sie über Anfeindungen auf der Facebookseite der Partei und Beschädigung von Wahlplakaten.

Neukirchens Bürgermeister Klemens Olbrich (CDU) sagt, man müsse den Anfängen wehren. „Kommunalpolitiker müssen aber auch mit einer bestimmten Robustheit

ausgestattet sein“, so Olbrich. Und auch wenn das Thema im Landkreis noch nicht so präsent sei, müsse man es sehr sorgsam beobachten.

Das Problem nehme zu, man müsse ihm mit vorbeugenden Maßnahmen begegnen, sagt der Kreistagsvorsitzende Michael Kreuzmann. „Nur so bekommen wir das in den Griff.“

Zum Beispiel müsste beim Hessischen Verfassungsschutz in weitere Stellen investiert werden. Dafür müssten Mittel bereitgestellt werden.

„Aber das muss sich eine wehrhafte Demokratie leisten und kann das auch“, sagt der Politiker. kam/ddd